

3624/J XXI.GP

Eingelangt am: 20.03.2002

DRINGLICHE ANFRAGE

des Abgeordneten Van der Bellen, Pilz, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Abfangjäger

Mit dem geplanten Kauf von Abfangjägern soll die größte staatliche Einzelinvestition der Nachkriegszeit getätigt werden. Nie zuvor ist in Österreich so viel Geld mit so wenig Sinn ausgegeben worden.

Von StudentInnen bis zu PatientInnen werden große Gruppen der Bevölkerung belastet. Soziale Leistungen werden eingeschränkt. Trotz der wachsenden Bedrohung durch Armut werden sozial benachteiligte Menschen im Stich gelassen.

Während die sozialen und ökologischen Bedrohungen steigen, nimmt die militärische Bedrohung Österreichs ab. Das Heeresnachrichtenamt kam im Juni 2001 zu einem eindeutigen Schluss: *“Die Streitkräfteentwicklung im Umfeld Österreichs spiegelt generelle bereits langfristig erkennbare Tendenzen in ganz Europa wider. Die Streitkräfte der Nachbarstaaten werden vor dem Hintergrund der geringen bis nicht mehr vorhandenen Bedrohung und den Kürzungen der Militärhaushalte weiter reduziert. Diese Kürzungen gehen zu Lasten der territorialen Verteidigungskräfte. Jene Staaten im Umfeld Österreichs, die noch nicht Mitglied der NATO/EU sind, sind nicht in der Lage, im operativen Rahmen offensiv zu werden... **Unter Berücksichtigung der sicherheitspolitischen Lage in Europa und des unmittelbaren Umfeldes ist keine konventionelle militärische Bedrohung für Österreich erkennbar und auch nicht prognostizierbar.**”* Trotzdem sollen Abfangjäger um rund 1,8 Milliarden Euro beschafft werden.

Bis heute konnte niemand erklären, wie der Kauf der Abfangjäger mit dem Ziel des Nulldefizits vereinbar ist. Staatssekretär Finz hat wenigstens in einem Punkt Klarheit geschaffen: *“Die tatsächliche Bezahlung findet erst in der nächsten Legislaturperiode statt”*.

Laut Umfragen lehnen rund vier Fünftel der Österreicherinnen diesen Kauf ab. Trotz aller Bekenntnisse zu den Möglichkeiten direkter Demokratie ignoriert die Regierung den Willen der großen Mehrheit. Dazu soll sie aber endlich erklären, warum - anders als im Falle Zwettendorfs - den BürgerInnen das Recht auf eine Volksabstimmung vorenthalten werden soll.

Weil der geplante Kauf in seiner Bedeutung und durch die Zuständigkeit mehrerer Ministerien weit über die Grenzen eines Ressorts hinausgeht und weil die Frage, ob das Volk über den Kauf entscheiden soll, weit über die Kompetenzen einzelner

Fachminister hinausgeht, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

ANFRAGE:

1. Der Bundesminister für Landesverteidigung hat im Nationalrat klargestellt, dass die geplanten Abfangjäger ausschliesslich luftpolizeilichen Massnahmen dienen sollen. Warum erklären Sie im Gegensatz zum Verteidigungsminister, dass Österreich die Abfangjäger zur Verteidigung brauche?
2. Der Bundesminister für Finanzen hat klar gestellt, dass der Kauf der Abfangjäger finanziell "nicht leistbar ist". Wie wollen Sie rund 1,8 Mrd Euro für die Beschaffung aufbringen und gleichzeitig Ihr Versprechen "Keine neuen Schulden mehr" halten?
3. Laut Aussage des Verteidigungsministers wird der geplante Kauf der Abfangjäger die Budgets zumindest der nächsten drei Legislaturperioden belasten. Wie lautet dafür der detaillierte Finanzierungsplan?
4. 1978 hat sich die österreichische Bevölkerung in einer Volksabstimmung gegen den Betrieb von Atomkraftwerken ausgesprochen. Das Atomkraftwerk Zwentendorf war zu diesem Zeitpunkt bereits fertiggestellt. Bei einer rechtzeitigen Volksabstimmung hätte eine teure Fehlinvestition aus Steuergeldern vermieden werden können. Sind Sie bereit, die Anschaffung von Abfangjägern vor Abschluss des Kaufvertrages einer Volksabstimmung zu unterziehen?

In formeller Hinsicht wird die dringliche Behandlung dieser Anfrage unter Verweis auf § 93 Abs 1 GOG verlangt.